

(Abg. Dr. Spieß.)

(A) gegen unseren Antrag gehabt haben, in ganz wesentlicher Weise entgegenzukommen, und hoffen, daß nunmehr unser Antrag weit mehr Gegenliebe finden wird als früher. Es wird sich ja fragen, wie die Königl. Staatsregierung sich auch in dieser Beziehung zu unserem Antrage stellt.

Sie wissen, daß die Königl. Staatsregierung bisher einen ablehnenden Standpunkt eingenommen und diesen ausführlich in der oft besprochenen Denkschrift aus dem Jahre 1902 begründet hat. Meine Herren! Diese Denkschrift in allen Ehren! Sie ist ein wertvolles Werk, welches ergiebige Material für die Beurteilung der vorliegenden Frage enthält. Sie ist mit großer Genauigkeit und Objektivität verfaßt. Aber mir scheint es, daß sie einen zu idealen Standpunkt in bezug auf die erzieherischen Vorteile einnimmt, welche namentlich von den Konsumvereinen theoretisch vielleicht erwartet werden dürfen, und daß sie bei der Abwägung gegenüber den Nachteilen, welche der Wettbewerb der Großbetriebe im Kleinhandel in der Praxis den Kleinhandelsbetrieben zufügt, zu viel Gewicht auf die erzieherischen Vorteile legt, welche die Großbetriebe theoretisch vielleicht haben könnten.

(B) Meine Herren! Die Forderung wegen Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel hat im letzten Landtage einen imposanten Ausdruck gefunden durch Eingang von 173 Petitionen, die Tausende von Unterschriften trugen. Wenn diesem Landtage eine derartige gewaltige Kundgebung aus Mittelstandskreisen nicht wieder zugegangen ist, so bitte ich, das nicht so aufzufassen, als wenn der Antrag in Mittelstandskreisen nicht mehr sympathisch wäre. Nein, meine Herren, ein Zeichen dafür, daß das nicht der Fall ist, ist, daß in der Zwischenzeit in verschiedenen Tagungen der Sächsischen Mittelstandsvereinigung einstimmig eine Resolution zugunsten der Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel angenommen worden ist. Und mir speziell und meinen politischen Freunden sind zahlreiche Kundgebungen aus Mittelstandskreisen, die sich sympathisch zu diesem Antrage aussprechen und ihre hohe Befriedigung mit der Einbringung des Antrages erklären, zuteil geworden. Ich will nur erwähnen, daß ich soeben noch von der Vorortskammer Plauen ein Telegramm erhalten habe, daß die Konferenz der sächsischen Gewerbekammern am vergangenen Sonnabend sich einstimmig für unseren Antrag in allen seinen Teilen ausgesprochen und eine spezielle Eingabe an die Staatsregierung in Aussicht gestellt hat.

Auch aus anderen Kreisen sind mir viele Zeichen (C) des Dankes für die Einbringung des Antrages entgegengebracht worden. Ich erwähne das deshalb, weil in der letzten Session des Landtages von einer Seite bemerkt worden ist, es schiene der Antrag, den wir nunmehr wiederholt eingebracht hätten, an Werbekraft abgenommen zu haben. Das ist tatsächlich nicht der Fall, und wenn ich Ihnen alles das erzählen sollte, wie beiläufig auf der Straße, in meinem Hause und sonst schriftlich bei mir angefragt worden ist: „Wann kommt der Umsatzsteuerantrag zur Beratung? Es ist doch höchste Zeit, daß endlich einmal mit der Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel vorgegangen wird?“, dann, meine Herren, könnte ich mindestens eine halbe Stunde damit ausfüllen. Sie würden daraus ersehen, daß die Werbekraft des Antrages jedenfalls nicht abgenommen hat. Ich meine aber die Werbekraft des Antrages nicht in dem Sinne, als ob er agitatorisch eingebracht würde, um Stimmung in Mittelstandskreisen für die rechte Seite des Hauses zu machen. Nein, meine Herren, das liegt uns vollständig fern. Wir sind voll und ganz davon überzeugt, daß es notwendig ist, dem bedrängten Mittelstande und insbesondere dem Kleinhandel und Kleingewerbe durch die Besteuerung der Großbetriebe ein Mittel an die Hand zu geben, sich im Kampfe um (D) seine Existenz zu erhalten und zu behaupten.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren! Ich habe schon früher wiederholt betont, daß wir durchaus nicht so kurzfristig sind zu glauben, daß nun dann, wenn es zu der Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel kommt, mit einem Male, mit einem Schlage die Lage des Mittelstandes eine vollständig rosige geworden wäre, daß das das alleinige Mittel sein solle, welches zu helfen in der Lage sei. Wir sind uns vollständig darüber klar, daß in erster Linie die Selbsthilfe eintreten muß, in zweiter Linie andere Mittel zur Hebung des Mittelstandes, namentlich zur Hebung seiner kaufmännischen Bildung und der Vorkenntnisse, die zum Betriebe solcher Geschäfte notwendig sind, und daß all die zahlreichen oft auch von uns empfohlenen Mittel in Anwendung gebracht werden müssen, die eben zur Hebung des Mittelstandes und des Kleinhandels und Kleingewerbes dienen sollen. Aber wir haben die volle und feste Überzeugung, und zwar an der Hand von Tatsachen, die wir sehen, daß auch die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel ein Mittel ist, um mit zu helfen, nicht allein zu helfen.